

Haushaltsplanung 2012 und Investitionsplanung 2013-15

I. In Kommentaren zur Gemeindeordnung Baden-Württemberg wird immer wieder betont, daß zu den wichtigsten Aufgaben des Gemeinderats als Gremium das Etatrecht gehört, also die Festlegung des finanziellen Rahmens der einzelnen Aufgabengebiete der Gemeinde.

Der Kern der Haushaltsplanung der Gemeinden ist also das Erfüllen von Aufgaben. Aber schon über die Frage, welche Leistungen zu den Aufgaben der Kommune und zur Daseinsvorsorge für Bürger und Bürgerinnen gehören, gibt es parteipolitisch gefärbte Auseinandersetzungen. Im Rahmen der Haushaltsberatungen in den nächsten Wochen sollten alle Gemeinderäte/rätinnen die Gelegenheit haben, über die Art und Weise der Aufgabenerfüllung zu diskutieren, wie sie im Ludwigsburger Haushalts- und dazugehörigen Finanzplan durch die Verwaltung vorgeschlagen worden ist. Das bleibt schöne Theorie, solange den Mitgliedern des Gemeinderats das Rederecht in den Ausschüssen verwehrt wird, in denen sie nicht Mitglied sind. Das ist seit 2010 von Herrn OB Spec so bestimmt worden.

Ich werde für die Bürgerliste LUBU und für die Linke, Herrn Hillenbrand, die Gelegenheit wahrnehmen, einige unserer wesentlichen politischen Schwerpunkte darzustellen und in Gestalt von Anträgen den Inhalt des von der Verwaltung aufgestellten Haushalts- und Investitionsplans zu kommentieren und zu zeigen, wo eine bürgernahe Verwaltung andere Schwerpunkte setzen müßte.

Zwei Themen grundsätzlicher Art will ich etwas ausführlicher ansprechen: 1. den Bürgerhaushalt, 2. einen fehlenden „Naturhaushaltsplan“

Der Bürgerhaushalt ist seit einigen Jahren auch in Ludwigsburg in der Diskussion. Solche Frontalveranstaltungen, wie sie von OB und Stadtkämmerer angeboten und von 6 Bürgern besucht wurden, sind allerdings keine Möglichkeit, die Bürger an der kommunalen Finanzplanung zu beteiligen und ihnen Mitspracherechte einzuräumen.

Eine große Zahl von Städten in Deutschland und überall auf der Welt bietet inzwischen ihren Einwohnern in Gestalt von Veranstaltungen oder durch Interneteinsatz die Gelegenheit, eigene Ideen in die Budgetplanung einzubringen, Vorschläge für Sparmaßnahmen zu machen oder darzulegen, in welchen Bereichen sie höhere Investitionen für notwendig halten.

Die Erfahrung aller dieser Kommunen zeigt allerdings, daß bei wirklicher Bürgerbeteiligung an der Haushaltsplangestaltung die Themen Umwelt und Bildung weitaus mehr Gewicht bekommen als in dem Haushalts- und Finanzplan, der uns heute zur Kommentierung vorliegt.

Außerdem benötigen Bürgerhaushalte nicht nur finanzielle Unterstützung, sondern auch Personaleinsatz und Umdenkprozesse in Verwaltung und Gemeinderat. Sie bringen aber eine Transparenz in das Verwaltungshandeln, das die im Moment allgemein negative Haltung gegenüber Politik und Obrigkeit positiv beeinflusst.

Zu 2:

Die Aufstellung eines „Naturhaushaltsplans“ macht den kommunalen Umweltverbrauch transparent.

Ausgehend von der aktuellen ökologischen Situation der Kommune melden die Fachbereiche ihren voraussichtlichen Bedarf an Naturressourcen für eine Planungsperiode an. Es werden maximale Verbrauchsmenge und mittel- und langfristige Umweltziele bestimmt. Dieser Naturhaushaltsplan wird ebenso diskutiert und dem Gemeinderat zum Beschluß vorgelegt wie der Finanzhaushaltsplan. Auf der Grundlage dieses Beschlusses sollen Programme, Projekte und Maßnahmen das Erreichen der Umweltziele garantieren. Die Ausführung der Pläne und das Ergebnis werden kontrolliert, diskutiert und die Schlußfolgerungen in den folgenden Umwelthaushaltsplan aufgenommen. Ludwigsburg hat vor vielen Jahren erste Schritte in Richtung „Umweltqualitätsziele“ unternommen. Auf dieser Basis könnte aufgebaut werden. Viele deutsche und europäische Städte benutzen dieses ÖKO-Budget, um den Verbrauch der natürlichen Lebensgrundlagen einzuschränken.. Die Stadt braucht das Rad also nicht neu erfinden, sondern kann auf Erfahrungen anderer Städte aufbauen.

II. Anträge

Auf drei unserer Anträge will ich besonders eingehen.

1. Wir halten es für selbstverständlich, daß die nach Auszug des Museums freiwerdenden Räume des Kulturzentrums für eine Angebotserweiterung der **Stadtbücherei** genutzt werden. Die Umbaukosten sollen in die Investitionsplanung aufgenommen werden, ab 2012 mit einer Planungsrate im Haushalt erscheinen. Der Anbau der Schloßlesfeldschule soll 2012 begonnen werden, um dem steigenden Bedarf aus der Besiedlung der Hartenecker Höhe Rechnung zu tragen.

Neue Stellen für die **Schulsozialarbeit**

Der angemeldete Bedarf an Schulsozialarbeit in Ludwigsburger Schulen ist groß. Wir sind im Gegensatz zu Herrn Seigfried der Meinung, daß die angekündigten zusätzlichen Landes- und Bundesmittel sofort in zusätzliche Stellen investiert werden müssen.

Es gibt Schulen in Brennpunktgebieten, die mir einer halben oder Dreiviertel-Stelle auskommen müssen.

Ludwigsburger Aktivspielplätze

Im Jahr 2009 waren Verwaltung und Gemeinderat noch der Auffassung, daß die vier Ludwigsburger Aktivspielplätze unverzichtbarer Bestandteil des päd. Angebots für 6-12jährige Kinder sein müßten. Wir meinen das heute noch. Zur FDPAussagen: Aktivspielplätze haben andere pädagogische Aufgaben als Schulen.

Inzwischen hat die Weigerung der ehrenamtlich tätigen Vereinsvorstände, Sponsoren zu suchen, dazu geführt, daß ausgerechnet die Aktivspielplätze in den sozialen Brennpunkten geschlossen werden sollen. Wir sind überzeugt, daß die päd. Einrichtungen sich gerne wie die EnBW Ludwigsburg von den Stadtwerken und der Wohnbau sponsern lassen, aber im Gegensatz zu den Profi-Basketballern auch mit kleinen Beträgen zufrieden wären.

Weitere Anträge stellen wir zum Bahnhof, zu Straßensanierungen in der Unteren Stadt, zu einem Parkierungskonzept in der Weststadt....

Zur Finanzierung stellen wir einen Antrag zu einer zweistufigen, zeitlich begrenzten Erhöhung der Gewerbesteuer.

Andere Steuererhöhungen halten wir angesichts der Verbesserung der Einnahmensituation nicht für nötig. Wir danken natürlich der Stadtkämmerei für ihre Arbeit. Allerdings müssen wir eine kleine Kritik anfügen: Das Stichwortregister, das bisher nur fehlerhaft war, ist im Haushaltsplan 2012 ganz weggefallen. Das sollte geändert werden, weil es eine große Hilfe für ehrenamtlich arbeitende Gemeinderäte ist.